

# Cyberhypes Möglichkeiten und Grenzen des Internet

*Herausgegeben von Rudolf Maresch  
und Florian Rötzer*

Rasant hat sich nach 1989 das Internet von einer Militärtechnologie zu einem Massenmedium entwickelt. Und schon weicht die anfängliche Euphorie einer reflektierteren Betrachtung. Zwar kann Ivo Skoric das Internet als ein »bemerkenswertes Werkzeug für Demokratie« im Kampf gegen das Milošević-Regime beschreiben. Andererseits können nicht nur die Big Brothers der Geheimdienste jede über Satellit geführte Kommunikation mitverfolgen, sondern auch die zahllosen Little Brothers (Firmen, Betriebe) sind an den digital verfügbaren Daten ihrer Klientel überaus interessiert. Die Folge: Lenkung und Selektion der einst wild wuchernden Datenströme sowie Zugangsbeschränkungen, Passwörter, Codesysteme. Da ist es kein Zufall, dass sich inzwischen auch das Militär wieder für das Netz interessiert.

13 Experten aus fünf Ländern, u. a. Richard Barbrook, Gundolf S. Freyer-muth, Ronda Hauben, Pierre Lévy, Geert Lovink, Otto E. Rössler und Douglas Rushkoff, werfen kritisch-spritzige Schlaglichter auf die Netzgeschichte und die Zukunft des virtuellen Raums. Rudolf Maresch ist freier Medientheoretiker und Publizist, Florian Rötzer Autor und Chefredakteur des Online-Magazins *Telepolis*.

Suhrkamp

<i>Rudolf Maresch/Florian Rötzer</i> Cyberhypes .....	7
<i>Ronda Hauben</i> Die Entstehung des Internet und die Rolle der Regierung .....	27
<i>Rudolf Maresch</i> Elektromagnetische Illusionen .....	53
<i>Richard Barbrook</i> Cyber-Kommunismus Wie die Amerikaner den Kapitalismus im Cyberspace aufheben .....	76
<i>Douglas Rushkoff</i> Virtuelles Marketing .....	102
<i>Geert Lovink</i> Network-Kritik im Zeitalter des E-Goldrauschs .....	123
<i>Christian Ahlert</i> The Party is Over Vom sich selbst regierenden Internet zu globalen Wahlen für den Cyberspace Ein paar Wahrheiten über das Netz .....	138
<i>Florian Rötzer</i> Geographic Intelligence Im »globalen Dorf« von einst sollen die alten geographischen Grenzen wieder gezogen werden .....	155
<i>Ivo Skoric</i> Internet fürs Volk .....	169
<i>Stefan Krempl</i> Cyberhype=Wired Wie ein Magazin die digitale Revolution sexy macht und zum Opfer des eigenen Hypes wird .....	192

edition suhrkamp 2202  
 Erste Auflage 2001  
 © Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2001  
 Erstausgabe  
 Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der  
 Übersetzung, des öffentlichen Vortrags  
 sowie der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen,  
 auch einzelner Teile.  
 Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
 (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
 ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
 oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet,  
 vervielfältigt oder verbreitet werden.  
 Satz: Jung Crossmedia, Lahnau  
 Druck: Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden  
 Umschlag gestaltet nach einem Konzept  
 von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt  
 Printed in Germany

<i>Gundolf S. Freyermuth</i>	
Von A nach D	
Zwischen Hype und Utopie	
Am Horizont der Digitalisierung von Kunst und	
Unterhaltung lockt das Holodeck . . . . .	213
<i>Pierre Lévy</i>	
Internet und Sinnkrise . . . . .	233
<i>Otto E. Rössler</i>	
Die Menschwerdung im Internet . . . . .	249
<i>Theo Roos</i>	
In tube. Surfen und Sein . . . . .	265
<i>Die Autorinnen und Autoren</i> . . . . .	270

## Cyberhypes

»Von Gestalten zu künden, die in neue Körper  
verwandelt werden, treibt mich der Geist.«

*Ovid, Metamorphosen*

Das Internet, ein technisches Netzwerk aus Rechnern, Daten und Befehlen, hat mit einer unglaublichen Geschwindigkeit den Alltag erreicht. Der virtuelle Raum, den es schafft, wird zur Um- oder Lebenswelt vieler Menschen. Zumindest für diejenigen, die der westlichen Hemisphäre angehören oder sich ihren Werten und Prinzipien verbunden und verpflichtet fühlen und in keinem virtuellen Loch, sogenannte Exklaven, hausen. Die Tendenz ist eindeutig: Das Internet wird alle mit allen, alles mit allem vernetzen, es wird Menschen, Maschinen und Gegenstände adressierbar und zu Knoten im Netz machen.

Begleitet von lautem Getöse und viel öffentlichem Lärm, das Cybergurus, Propagandisten und Massenmedien in den letzten fünf Jahren entfacht und verbreitet haben, ist es binnen eines Jahrzehnts in Büros, Labors und Hörsäle ebenso eingewandert wie in Betriebe, Haushalte und Klassenzimmer und hat Arbeitsverhältnisse und Kommunikationsbeziehungen, Wahrnehmungsweisen und symbolische Ausdrucksformen, Finanz- und Geschäftsgebarren, Lehr- und Lernmethoden grundlegend verändert. Mittlerweile wurde das Internet in vielen Ländern zu einem brisanten und politisch hoch angesiedelten Programm. Internetzugang, IT-Kompetenz oder neuerdings Bandbreite pro Kopf werden zu Kriterien, die den Entwicklungsstand eines Landes im globalen Wettbewerb in Sachen Informations- oder Wissensgesellschaft dokumentieren. Die Überzeugung, daß der Standort, der nicht mithält, verliert, ökonomisch, technisch und wissenschaftlich gar abgehängt wird und im Schwarzen Loch der Wissensgesellschaft verschwindet, nimmt gelegentlich Züge verkrampten Wettrüstens an. Der vermeintliche Zwang, alle und alles vernetzen zu müssen, verführt besonders in totalitären Staaten wie China, Irak oder Burma zu einem seltsamen Spagat. Aus wirtschaftlichen Gründen treiben sie zwar die Vernetzung voran, zugleich versuchen sie aber, die freie Zirkulation der unerwünschten politischen

## Christian Ahlert The Party is Over

*Vom sich selbst regierenden Internet  
zu globalen Wahlen für den Cyberspace  
Ein paar Wahrheiten über das Netz*

Populäre Mythen über den Cyberspace folgen diesem Schema: Das Netz der Netze regiert sich selbst – *ipso facto* können Regierungen das Internet nicht kontrollieren. Und überhaupt hat der Staat *grosso modo* im Cyberspace nichts verloren. Die zwanghafte Schlußfolgerung: Niemand kann das Internet steuern. Also beschwören Cyberlibertarians, Netzphilosophen, Internetpolitiker und Apologeten des Informationszeitalters gleichermaßen den Untergang des Nationalstaates, oder zumindest die Steuerungsunfähigkeit einzelner Staaten, wenn es um das Internet geht.

Was davon ist wahr? Ist die Steuerungsunfähigkeit des Staates nur Internet-ideologisch proklamiert, oder entzieht sich das Netz wirklich allen Steuerungsmedien, die dem Staate zur Verfügung stehen? Ist die Technik des Netzes, die immerhin einem Atomschlag standhalten soll, resistent gegen jegliche Einflußversuche? Und vor allem: Was heißt eigentlich »Selbstregieren«? Bestimmen also die Nutzer des Netzes, wie man in diesem kommuniziert, sich bewegt (surft) oder einkauft – *is your clickstream your vote*? Auffallend ist erstens, daß sich die Fragen und Ansichten der Wissenschaftler über das Netz verändert haben; zweitens, daß sich die Aussagen der Cybergurus, und drittens, die Politikstrategien der Regierungen sowie die Gestalt des Netzes sich in den nicht ganz zehn Jahren seit Entwicklung des World Wide Web fundamental verschoben haben. Um zu verstehen, was nun *Hype* und am Rummel, Gezeter und Getöse um das vorgeblich anarchische Netz real ist, unternehmen wir eine kurze *tour d'horizon* durch den wortreichen und im Gerede um das Netz einflußreichen Internetzitatenschatz.<sup>1</sup>

In den Anfangsjahren des World Wide Web ist das vielleicht treffendste Zitat entstanden, das zugleich auch zum Motto der In-

<sup>1</sup> Reagle, Joseph, »Why the Internet is Good«, <http://cyber.harvard.edu/reagle.html>.

ternet Community mutierte. 1992 hat David Clark bei einem Treffen der Internet Society, die gewissermaßen die Herrschaftselite des Netzes darstellt, proklamiert: »We reject kings, presidents and voting. We believe in rough consensus and running code.« Hier hätten wir also den Grundstein des ersten und des zweiten Mythos – das Netz regiert sich selbst und will auch keine Regierungsintervention –, den John Perry Barlow, einer der Gründer der *Electronic Frontier Foundation* 1993 nicht nur bestärkte, sondern auch gleich veränderte. Er behauptet: »We have no elected government, nor are we likely to have one.« Dieses Zitat geistert seitdem durch die Internetwelt. Wo kommt diese Aussage her? Ist das nun die Behauptung eines Cyberlibertarians, die typisches amerikanisches Anti-big-government-Gehabe an den digitalen Tag legt? Warum ist es so unwahrscheinlich, daß der Cyberspace eine Regierung bekommt? Hatten die Kulturnachfolger Barlows recht, die wie John Gilmore von der EFF, einem Stille-Post-Effekt gleich in den Jahren danach propagierten: »The Net interprets censorship as damage and routes around it.« Haben Sie also die Technik des Netzes richtig verstanden, die keine Kontrolle – Mythos drei – zuläßt? Immerhin gehörten 1995 diese Ansichten schon zum allgemeinen Internetverständnis. Im US-amerikanischen News Radio verstand man die Regulierungsfeindlichkeit des Netzes so: »You can't take something off the Internet – it's like taking pee out of a pool.« Wie die Jahre nun vergingen, und das Netz zum »wichtigsten Informationsmedium« wurde, trat auf einmal die traditionelle, eigentlich technikdeterministisch zum alten Schuh verkommene Garde der »good old boys« aus der Politik auf die virtuelle Weltbühne: Ira Magaziner, gescheiterter Gesundheitspolitiker und Internetberater der Clinton Administration, verkündete 1997 in seinem *Framework on Electronic Commerce*: »The private sector should lead. Governments should avoid undue restrictions on electronic commerce.«<sup>2</sup> War das nun ein Lippenbekenntnis nach dem Motto: Wenn wir schon nichts machen (intervenieren, sanktionieren, kontrollieren) können, müssen wir wenigstens sagen, wie wir uns das Netz vorstellen? Wie auch immer, der Staat scheint dazuzulernen: 1998 gründete die US-Regierung die *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (ICANN), die unter anderem das *Domain*

<sup>2</sup> <http://www.whitehouse.gov/WH/New/Commerce/read.html>.

*Name System* (DNS) reorganisieren und überwachen soll. Auf einmal veränderte sich die Rhetorik über das Netz. Esther Dyson, Interimsdirektorin der ICANN und bekannte Netzfrau, verkündete immer wieder: »We are no government for the Internet.« Andere sehen das nicht so. Der Jurist David Post, der die digitale ICANN-Überwachungsorganisation ICANN-Watch gegründet hat, behauptet: »After all the talk over the past few years about how difficult it will be to regulate conduct on the Internet, the domain name system looks like the Holy Grail.«<sup>3</sup> Und Larry Lessig von der Harvard University hat es schon immer besser gewußt: »There's a common belief that cyberspace cannot be regulated – that it is in its very essence, immune from the government's control. That's an idea that I never quite got.«<sup>4</sup> Ist die Verwirrung schon groß genug? ICANN geht sogar noch ein Stück weiter, denn für die globale »Internetregierung« hat es weltweite Wahlen gegeben. Auf der Internetseite von ICANN war zu lesen: »The ICANN at large elections will represent the first time in which every interested member of the global Internet community will have the opportunity to participate in the online election of Internet policymakers.«<sup>5</sup> Und die *Markle Foundation*, die mit einer Million US-Dollar die Durchführung der Online Wahlen unterstützt, verkündet: »Global institutions are beginning to oversee Internet activities. [...] It is essential that ICANN which is establishing rules that impact individuals and organizations alike – be accountable to all Internet users everywhere.«<sup>6</sup> *Common Cause* warb für die globale Internetwahl mit dem Spruch: »Global Elections on the Internet, for the Internet.« Mit Mythos eins und zwei ist es dann wohl aus und vorbei. »We reject kings, presidents and voting«, und: »We have no elected government« sind damit wohl ins digitale Nirvana gewandert.

Was stimmt denn nun? Ist das ein bloßer Paradigmen- und Perspektivenwechsel? Hat sich das Netz verändert? Hat sich die Politik verändert, oder hat sie etwa dazugelernt? Vielleicht ist der

3 Post, David, »Governing Cyberspace, or Where is James Madison When We Need Him?«, <http://www.temple.edu/lawschool/dpost/icann/comment1.html>.

4 Lessig, Lawrence, *Code and other Laws of Cyberspace*, New York 1999.

5 »At-large Markle-Proposal«, <http://www.icann.org/at-large/markle-proposal-21oct99.htm>.

6 <http://www.markle.org/news/Release.199911021044.1219.html>.

Pessimismus hinsichtlich der staatlichen Handlungsfähigkeit möglicherweise deshalb so populär, weil die These sehr simpel und einleuchtend scheint und bisher kaum empirisch überprüft wurde? Um diese Fragen zu klären und mit ein paar populären Irrtümern aufzuräumen, werde ich zunächst ein wenig über die Geschichte des Netzes aus der Perspektive der Technikentwicklung erzählen. Sodann werde ich über Möglichkeiten der Steuerung im Netz berichten. Schließlich werde ich die Rolle des Staates dabei analysieren, um dann zu fragen, ob sich anhand der ICANN zeigen läßt, daß das Netz nicht nur Motor und Metapher der Globalisierung ist, sondern vielleicht eine vielversprechende, demokratische Form globalen Regierens ermöglicht. Denn manchmal liegt die Wahrheit nicht in der Mitte, sondern ganz woanders.

### Erstens: Eine kurze Geschichte des Netzes

Das Internet ist in wenigen Jahren vom US-amerikanischen Forschungsnetz zum globalen Netz der Netze geworden. Um so überraschender ist, daß sein rasantes Wachstum von keiner Zentrale koordiniert wurde. Weder gab es eine Regierung noch eine andere zentrale Organisation, welche die Technik des grenzenlosen Netzes gesteuert hätte. Wie konnte es also mit so atemberaubender Geschwindigkeit zum wichtigsten Kommunikationsmedium der Informationsgesellschaft werden?

Entscheidende Punkte sind in diesem Zusammenhang wohl die geringen Transaktionskosten von Kommunikation, Koordination und Konsultation im Netz, die nun mal aus der Abwesenheit zentraler Steuerung, universaler Konnektivität und Interaktivität des globalen Cyberspace resultieren. Hier liegt einer der Knackpunkte. Abwesenheit zentraler Steuerung bedeutet, daß es niemanden gibt, der vorschreibt, wie der Cyberspace auszusehen habe. Es gibt demnach keine virtuelle Planungsbehörde, die einen Bebauungsplan aufstellt, der vorgibt, wie der virtuelle Raum besiedelt werden soll. Oder doch? Funktioniert das Netz ohne jegliche übergeordnete Koordination? Fakt ist: Das Netz ist als Kommunikationsmedium von der US-Regierung entwickelt worden und hat lange Zeit unter der Aufsicht des US-Verteidigungsministeriums gestanden. Wie ist dann aber der Mythos vom

sich selbstregierenden Internet entstanden? Erstens, weil man das Internet in der Tat als selbstregulierendes oder selbstorganisierendes Netzwerk verstehen kann; und weil niemand jemals bestimmt hat, welche Gestalt das Internet annehmen oder wie es operieren wird. Es gab keine Organisation, die genügend Macht oder die Autorität gehabt hätte, Regeln aufzustellen, die die Existenz des Netzes ermöglichen. Und trotzdem existiert und funktioniert dieses globale Computernetzwerk und gestattet Emails rund um den Globus zu schicken. Zweitens, weil die technische Operationalität des Netzes, um weltweite Kommunikation zu koordinieren, im wesentlichen von technischen Standardisierungsgruppierungen wie der *Internet Engineering Task-Force* (IETF), der *Internet Assigned Numbers Authority* (IANA) oder dem W3c sichergestellt worden ist. Diese sind und waren verantwortlich für das technische Management und den Internet-Standardisierungsprozeß, um das Internet am Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln. Das *Internet Architecture Board* ist z. B. zuständig, um die Gesamtarchitektur des Netzes zu überschauen. Die genannten Organisationen übernehmen unterschiedliche Aufgaben, die alle dem Ziel und Ideal technischer Funktionalität folgen. Doch im Unterschied zu traditionellen Regierungen und Standardisierungsgremien setzen diese Standards, denen freiwillig gefolgt wird. Reputation der Organisation aufgrund der technischen Expertise ihrer Mitglieder und Transparenz der Entscheidungsvorgänge sind die hervorragenden Bestimmungsfaktoren ihrer Legitimation. Niemand wird Standards oder Regeln der IETF befolgen, wenn er nicht den Nutzen erkennt und der Organisation vertraut. Im Unterschied zu traditionellem Regierungshandeln muß die Macht erfolgreicher Internetorganisationen aus ihrer Fähigkeit, Konsens herzustellen, resultieren, da Ihnen jegliches Sanktionsmittel fehlt, ihre Entscheidungen durchzusetzen. Hier wurde also in der Tat durch »Rough Consensus« regiert. Standards sind also weitgehend im Netz selbst entstanden. Der Anstoß zur Entwicklung des Netzes, wie seiner Technologie, sind aber von der US-Regierung ausgegangen. Die tradierte Verwaltung des Netzes ist also nicht bewußt geplant worden. Sie ist aus dem Netz selbst entstanden. Die IANA und auch die IETF sind informelle Organisationen ohne rechtlichen Status. Doch der IANA kommt eine weitaus zentralere Stellung im Netz zu, da sie alle vitalen Ressourcen des Netzes verwaltete.

Darunter die Namens- und Adressräume, den zentralen Root-Server und die Publikation der Internet-Standards. Im wesentlichen wurde diese Organisation von einem Mann geleitet: Jon Postel, quasi der Gottvater der Internet-Standards. Er personifizierte den Typus des ehrlichen aber autokratischen Computerfachmanns, der, von der *University of Southern California* aus, weltweit gültige Standards für das Internet implementierte. Doch geschah auch dies nicht ohne finanzielle Unterstützung des Staates. Die *National Science Foundation* unterstützte die IANA. Die Koordination der Netzkommunikation stand de jure zwar unter Aufsicht der US-Regierung, ist aber autonom im Netz von Computerfachleuten weiterentwickelt worden, was mit dem Terminus »Internet Self-Governance« umschrieben wird. Das Internet koordinierte sich selbst, ohne die aktive Einmischung der Politik oder die Steuerung durch eine zentrale Instanz. Wir lernen daraus: Das Netz ist teilweise ein auto-evolutionäres System. Die Grundlagen wurden aber von der US-Regierung gesetzt. Mittels staatlicher Förderung ist die Technologie erst entstanden. Auf einer rein technischen Ebene ist das Internet in einer Form regiert worden, die man als Anarchie ohne Chaos bezeichnen könnte. Offenheit und Transparenz sind hervorragende Eigenschaften, die auch Geheimnis seines Erfolges sind. Nur ist wichtig zu verstehen, daß diese Art der Selbstorganisation in einem von Akademikern und Technikern bestimmten Raum entstanden ist. Diese haben sich bewußt für eine Steuerungs-Philosophie des »Rough Consensus« entschieden. Die Organisationsstruktur des Netzes ist also bewußt gewählt worden. Was bedeutet, daß diese nicht technisch bestimmt ist, sondern daß man zwischen verschiedenen Organisationsstrukturen wählen kann. Netzwerke lassen sich unterschiedlich regieren: top-down oder bottom-up. Hinzu kommt: das Netz hat sich verändert. Es ist größer, grotesker und gieriger geworden. Millionen von Internetnamen sind bereits vergeben, und damit lassen sich auch Millionen verdienen. Deshalb ist auch zu erwarten, daß die technische Organisationsstruktur verändert wird, ob die Internet-Community das will oder nicht. Die Frage ist nur: Wer wird das Netz verändern? Welche Werte werden dabei eine Rolle spielen? Sind es die Yahoos und Microsofts der globalen Cyberwelt, die den Cyberspace zum Profitcenter umbauen, oder haben die »lame ducks« – die Regierungen der lokalen Gutenberggalaxis – noch ein Wört-

chen mitzureden? Oder kann sogar am Ende der Netizen mitbestimmen, wie sein Cyberspace aussehen soll? Wir sollten im Kopf behalten: Architecture is Politics – gerade im Cyberspace.

### Zweitens: Die Möglichkeiten von Steuerung im Netz

Problem effektiver und effizienter Steuerung im Cyberspace ist, daß sich im Gegensatz zum territorial definierten Nationalstaat die Zugehörigkeit zum digitalen Raum nicht geographisch bestimmt. Weder gibt es eine eingrenzende Staatsbürgerschaft noch verfügt das Internet traditionell über eine der Figur des souveränen Staates vergleichbare Sanktionsmacht, die Regeln und Entscheidungen netzweit Geltung verschaffen könnte.

Somit sind Territorialität, Souveränität, Legitimität und Effektivität, die vier elementaren Bedingungen traditionellen Regierens, in Gefahr und im grenzenlosen Cyberspace praktisch verschwunden, wie David Post treffend beschreibt: »Cyberspace does not merely weaken geographical boundaries, it obliterates them entirely (at least in cyberspace), because geographical location itself is both indeterminate and irrelevant for transactions on the Internet. [...] and the physical location of the constituency is unknown.«<sup>7</sup>

Hinzu kommt, daß im Gegensatz zum Staat sich das Internet mit einem Minimum an Kontrollmechanismen begnügt, die allesamt technischer Natur sind. Die Kontrollmechanismen des Netzes resultieren aus seiner technischen Architektur. Unter der Architektur des Internet werden seine Ordnungsprinzipien verstanden, genauer: jene Regeln, die die Form und topologische Position aller Operationen bestimmen, die zusammen den Datenfluß bewerkstelligen. Wie die Baukunst unterliegt auch die Netzarchitektur nahezu unbegrenzten Möglichkeiten der Gestaltung. Diese Gestaltungsspielräume wiederum bilden die Voraussetzung dafür, daß sich unterschiedliche »Netzdesigns« mitsamt ihren Gegenströmungen herausbilden, kurz: daß die »richtige«

7 Post, David, »Anarchy, State, and the Internet: An Essay on Law-Making in Cyberspace«, in: *Journal of Online Law*, <http://www.law.cornell.edu/jol/post.html>.

Architektur eines Netzes zum Politikum werden kann.<sup>8</sup> Wer also die technische Struktur des Netzes bestimmt, kann auch entscheidenden Einfluß auf die in ihm geltenden nichttechnischen Normen und Standards nehmen.

Somit kommen wir wieder zum weitverbreiteten Mythos, daß der Cyberspace nicht reguliert werden kann, weil seine Grundstruktur immun gegen die Kontrolle von Regierungen sei. Lawrence Lessig argumentiert jedoch überzeugend dagegen. Seiner Ansicht nach ist dieser Glaube falsch, da der Cyberspace nur aus Codes besteht (Software und Hardware), die den Cyberspace zu dem machen, was er ist. Und die kann man natürlich verändern. Er ist der Meinung, daß sich der Cyberspace von einer relativ freien Welt zu einer Welt verwandelt, die relativ perfekt kontrolliert wird. Pessimistisch fügt er hinzu: »Perfekter als die reale!« Diese Art von Regulation muß jedoch nicht notwendigerweise von der Regierung ausgehen. Klassische Regulationstheorien kennen im wesentlichen drei unterschiedliche Regulierungsmedien: Gesetze, den Markt und soziale Normen. Lessig sieht im Internet einen vierten, sehr effizienten Regulator: die Architektur des Cyberspace, die bestimmtes Verhalten ermöglicht oder andere Arten von Interaktionen einschränkt. Die traditionellen Steuerungsmedien, Gesetze etwa, können dazu benutzt werden, soziale Normen zu ändern, Marktverhalten zu beeinflussen und die Architektur des Netzes zu verändern. Regierungen oder andere Akteure können also Schritte unternehmen, den Cyberspace in einen regulierbaren Raum umzubauen. Sicherlich erschwert das Internet in seiner gegenwärtigen Form traditionelle Regulierungskonzepte des Nationalstaates, doch zeigt sich, daß das Netz keineswegs resistent ist gegen Regulierung, und die Aussage, daß »the Net interprets censorship as damage and routes around it« doch eher normativ zu verstehen ist und nicht notwendigerweise der Realität entspricht. Die Frage ist mithin nicht, ob das Netz regulierbar ist, sondern wie und welche Rolle dabei der Staat spielt.

8 Hofmann, Jeanette, »Am Herzen der Dinge – Regierungsmacht im Internet«, in: Gellner, Winand und Korff, Fritz von (Hg.), *Demokratie und Internet*, Baden-Baden 1998, S. 55-77.

### Drittens: Was macht der Staat im Cyberspace?

Im Januar 1998 hat die US-Regierung in einer unter »Green Paper«<sup>9</sup> bekannt gewordenen Policy-Direktive vorgeschlagen, daß es seinen Einfluß auf das Netz aufgibt, den es in finanzieller und rechtlicher Form sehr wohl gegeben hat. Statt dessen soll es sich selbst regulieren und nur den Kräften des Marktes gehorchen. Hier wird deutlich, daß die Abwesenheit staatlichen Einflusses im Netz immer schon mehr Mythos als Wahrheit war. Ansonsten wäre diese Formulierung vollkommen unsinnig.

Aufgrund der entscheidenden Machtposition des Netzes beschloß die US-Regierung, daß die Internet-Community keine eigene »Self-Governance-Organisation« schaffen sollte. Die US-Regierung rief deshalb die *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* ins Leben. Die ICANN wurde 1998 als Non-Profit Organisation gegründet. Als weltweit operierende Organisation koordiniert sie seit September 2000 das DNS-System (Namensvergabe-System) im Internet, das die Vergabe der IP-Adressen neu regelt, neue Standards für Internet Protokolle entwickelt und das Root-Server System im Netz organisiert.

Aufgrund des rasanten Wachstums des Mediums (primär: Anzahl der Benutzer) und der damit einhergehenden Steigerung der kommerziellen Bedeutung und geographischen Verbreitung der Nutzung sah die US-Regierung ihre Legitimation in Gefahr, allein die wichtigste Ressource »Namen« im weltweiten Netz zu regulieren. Weiterhin scheint sich die neoliberale Ansicht durchgesetzt zu haben, daß eine Regierung das Internet nicht direkt steuern darf, da der traditionelle Politikformulierungsprozeß zu langsam auf die rasanten Veränderungen der Internetwelt reagiert und mit zu hohen (Entscheidungs-)Kosten verbunden wäre. Weder in ökonomischer, politischer noch in sozialer Hinsicht erscheint es der US-Regierung sinnvoll, das Netz direkt zu regulieren. So ist es unter anderem im *Framework For Electronic Commerce* der Clinton Administration zu lesen, in dem das Internet als globale Freihandelszone propagiert wird. Doch wird ein neuer Weg beschritten. Weder reguliert das Netz sich selbst ohne Beeinflussung durch nationale oder kommerzielle Interes-

<sup>9</sup> »A Proposal to Improve Technical Management of Internet Names and Addresses«. Discussion Draft 1/30/98, <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/domainname/dnsdrft.htm>.

sen noch verbietet seine technische Struktur effektive Regulierung. Vielmehr scheint das Netz zu einer neuen Plattform für Global Governance zu werden, auf der multiple politische Akteure auftreten und der unternehmerisch handelnde Staat (USA) Vorteile gegenüber dem paternalistischen (Europa) hat.

Deshalb gibt es auch im Netz kein »Governance without Government«, wie von vielen Politologen behauptet, sondern eher »Governments in the shadow of Self-Governance«. Der Staat ist Initiator von Selbstregulierungsinstitutionen, die nach neoliberalen Gusto besser regieren als der Staat. Typisch für diesen Prozeß ist, daß der Staat seine Autonomie nicht einfach verliert, sondern als selbstlernender Organismus veränderten Gegebenheiten mit neuen Antworten gegenübersteht. Nicht den Verlust der Souveränität eines Nationalstaates, die immer wieder als prekäre und nahezu unabdingbare Folge der Globalisierung und des Internet konstatiert wurde, kann man am Beispiel der Entwicklung der ICANN zeigen. Vielmehr tritt der Staat als Initiator bestimmter Politiken auf und übernimmt im Folgenden die Rolle eines Mediators zwischen den partikularen Interessen der Internet-Community, Computerindustrie und traditionellen internationalen Organisationen wie der WIPO oder der ITU. Doch wäre es falsch, hieraus abzuleiten, daß der amerikanische Staat seine Kontrolle über das Internet aufgegeben habe. Er existiert und agiert im Schatten der Internetpolitik. Vorrangiges Ziel ist ökonomische Effizienz der steuernden Organisation, des Steuerungsvorganges sowie des ungehinderten »global growth of the Internet« (White Paper). Durch seine Rolle als Initiator genießt der amerikanische Staat in diesem Bereich eine natürliche Hegemonie, die ihm wegen seiner Machtposition in der Internetökonomie größtmögliche Handlungsfreiheit gewährt.

Die US-Regierung hat auf höchster Ebene die Entstehung der ICANN vorangetrieben. Im amerikanischen Wirtschafts- und Justizministerium sowie im amerikanischen Kongreß verfolgt man aufmerksam, wie ICANN zu einer erfolgreich US-amerikanische Interessen vertretenden, global agierenden Organisation wird. Zwar betont die Politikerelite Washingtons immer wieder: »Wir nehmen keinen Einfluß auf ICANN.« Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. ICANN ist als Non-Profit Organisation mit Sitz in Kalifornien eingetragen, sie unterliegt somit kalifornischem Recht, und seine Chefin Esther Dyson, Netzguru, erfolg-



reiche Unternehmerin und Autorin, ist Mitglied des *Export Council Subcommittee on Encryption* des amerikanischen Präsidenten und daher alles andere als regierungsfern.

Auch verläßt sich der Staat in den USA nicht allein auf seine Initiatorrolle, er räumt das Politikfeld nicht wie propagiert, sondern bleibt machtvoller Begleiter der Internetpolitik. Als Antwort auf den angeblichen Steuerungsverlust des Nationalstaates im globalen und dezentralen Internet scheint sich dort ein neuer, der Natur des Netzes entsprechender Politikstil etabliert zu haben: Der Staat tritt von seinem unmittelbaren Zugriff auf das Internet zurück, initiiert eine Organisation, die eine Selbstregierung für das Internet sein soll, und nutzt seine Kompetenzen und Verbindungen, um diese zu stützen. Er hat damit aber keineswegs seine Kontrolle über den Cyberspace und seine »nichtregierende« Selbstregierung eingebüßt. Vielmehr verbleibt der Staat wachsam im Schatten der neuen Politik. Daß Onkel Sam immer noch über die seiner Meinung nach richtige Politik für das Internet wacht, wurde Ende Juli 1999 offenbar. Esther Dyson wurde zu einer Anhörung vor den amerikanischen Kongreß geladen, die unter dem Titel stattfand: »Ist ICANN außer Kontrolle?« Daß die USA keineswegs ihre Dominanz im IT-Sektor einbüßen wollen, wird klar, wenn man das White Paper für *Internet Domain Name Management* liest, das unter der Federführung Ira Magaziners entstanden ist (DOC 1998). In diesem Text sind die Regeln festgelegt, nach denen ICANN die Kontrolle und Organisation der Internet-Infrastruktur übernehmen soll. Und wenn ICANN diese Regeln nicht befolgt, wird es eben zu einer Anhörung vor dem amerikanischen Kongreß geladen.

Verständlicher wird diese Politik, wenn man weiß, daß führende Vertreter der politischen Vordenker der USA, wie der ehemalige stellvertretende US-Verteidigungsminister Joseph Nye und Chef der Kennedy School an der Harvard University, die Überlegenheit im Informationssektor als wichtigste Machtressource für das kommende Jahrtausend ansehen. In einem Artikel in *Foreign Affairs* fordert er deshalb die US-Regierung auf, diese Überlegenheit zu verteidigen. Somit wird die Frage nach der Dominanz über das Internet zur weltpolitischen: Wer das Netz dominiert, wird die Supermacht des nächsten Jahrtausends sein. David Rothkopf, ehemaliges Mitglied der Clinton Regierung, wird in einem Aufsatz in *Foreign Policy* noch eindeutiger: »Ein zen-

trales außenpolitisches Ziel der USA im Informationszeitalter muß es sein, den Kampf um die weltweiten Informationsströme zu gewinnen, indem sie die Frequenzen ebenso beherrschen wie seinerzeit Großbritannien die Meere.« Doch interessanterweise kann die US-Regierung Politikoptionen nicht einfach ausüben. Die Komplexität, Transparenz, Geschwindigkeit und Globalität der ICANN, gepaart mit normativen Ansprüchen der Internet-Community, legen der ungebremsten Politik der USA im »national interest« große Steine in den Weg.

### Ist das Netz Motor und Metapher der Globalisierung oder Versuchslabor für demokratische Formen von Global Governance?

Um ICANN für diese Aufgabe zu legitimieren, gab es für ihr Direktorium im Jahr 2000 weltweite Online-Wahlen. ICANN soll das globale Internet nach demokratischen Normen regulieren. Stehen wir also vor der Errichtung einer repräsentativen Online-Demokratie? Wie kann das funktionieren? Oder kann das Internet sogar vom Motor und Sinnbild der Globalisierung zum Paradigma einer kosmopolitischen und transnationalen Demokratie avancieren,<sup>10</sup> die weltweites Regieren (Global Governance) mit neuen Mitteln erlaubt?

Den Washingtoner Politstrategen war klar, daß ICANN, um erfolgreich zur zentralen Internetregierung zu avancieren, nicht einfach per US-Dekret die Macht im Cyberspace übernehmen könnte. Weder gibt es eine Verfassung im grenzenlosen Cyberspace, die vorschreibt, wie dieser zu regieren sei, noch gibt es ein Politikrezept, das vorschreibt, wie globale Räume gesteuert werden könnten.

Der Logik internationaler Politik in offenen Systemen nach benötigt ICANN, um weltweit technische (somit auch rechtliche) Standards und Normen für die Netzkommunikation durchzusetzen, weltweite Legitimation. Deshalb benötigt sie die Un-

<sup>10</sup> Ahlert, Christian, »Die Zukunft der Demokratie. Das Internet wählt seine Regierung«, in: *Telepolis Online*, <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/5526/1.html>; und ders., »ICANN wird die Zukunft des Internet gestalten«, in: *Telepolis Online*, <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/5110/1.html>.

terstützung aller für das Netz wichtigen Gruppierungen. Denn würde ICANN exklusive Entscheidungsstrukturen schaffen, würden diese von Nichtbeteiligten als nicht bindend betrachtet und würden in einem offenen System wie dem Cyberspace an Effizienz verlieren. ICANN kann also nur effizient funktionieren, wenn alle mitmachen, oder zumindest eine kritische Partizipationsmasse erreicht wird, die Nichtbeteiligung an ICANN bestraft.

Also versucht ICANN im Auftrag des amerikanischen Wirtschaftsministeriums neben Computerfachleuten, die bisher die technische Seite des Internet gesteuert haben, wie die *Internet Engineering Task Force*, und Vertretern nationaler Regierungen auch die relevanten internationalen Organisationen wie die *World Intellectual Property Organisation* (IPO) und die *International Telecommunications Union* (ITU) einzubinden. Die Einbeziehung der Techniker, Spezialisten und Diplomaten erstaunt nicht. Sie sind die angestammten Akteure innerhalb internationaler Organisationen wie der ITU. Sie nutzen diese als Forum zum Austausch von Expertenwissen und als Plattform zum Abschluß internationaler Verträge. Sie sind traditionelles Werkzeug zur Regelung internationaler Politikfelder, bei denen die Vertreter nationaler Regierungen eine stärkere oder schwächere Rolle spielen. Die Einbindung der Internetorganisationen wie der IETF überrascht auch deswegen nicht, weil ohne die Expertise der »Techniker des Netzes« ICANN nicht sinnvoll funktionieren kann. Gemeinsam ist den eben genannten Akteuren und Organisationsformen jedoch, daß sie sich alle durch ein bemerkenswertes Maß an Bürgerferne auszeichnen.

Überraschend und schwierig hingegen ist, daß ICANN versucht, mehr Legitimation mittels der Einbeziehung aller, nicht nur Beteiligter, sondern auch Betroffener, zu erzeugen, um der Topologie des globalen und offenen Regelungsraumes gerecht zu werden. Die Repräsentation der Internetnutzer wurde als eine Prämisse im »White-Paper« des US-Wirtschaftsministeriums<sup>11</sup> festgehalten, das die Gründung der ICANN initiiert. Neben Stabilität (des Internet), Wettbewerb (bei der Registrierung von Internetnamen), Private-bottom-up Koordination (also

11 »Management of Internet Names and Addresses«, [http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/domainname/6\\_5\\_98dns.thm](http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/domainname/6_5_98dns.thm).

nicht der Schaffung einer Regierungs-Regierung für den Cyberspace, sondern einer Nichtregierungsorganisation, die von unten regiert) wird schließlich Repräsentation (aller Internetnutzer) genannt.

Im Geist des amerikanischen Pragmatismus hat das US-Wirtschaftsministerium ICANN deshalb verpflichtet, weltweite Wahlen (um dem Grundsatz der Repräsentation gerecht zu werden) im Internet zu veranstalten. Die Fragen sind also: Wie kann eine Internet-Demokratie aussehen? Wie viel Demokratie verträgt ein globales Politikfeld?

### Die Globale ICANN-Wahl – Das Ende der Techniker

Die Organisation und Ausgestaltung der Global-Wahl stand vor kaum überwindbar erscheinenden Problemen und hat trotzdem stattgefunden und zu einem legitimen, von der ICANN-Community akzeptierten Ergebnis geführt. Zuerst einmal galt es, den Adressaten der Netzdemokratie zu erklären, was ICANN eigentlich ist und warum sie zum Mitglied und letztendlich Netizen werden sollten.<sup>12</sup> Um dieses nicht alltägliche Politproblem zu lösen, verfiel ICANN auf internettypische »Grassroot-Mobilisierungs-Methoden«: Sie suchte weltweit Gruppen von Freiwilligen, die in regionalen »Membership-Implementation-Task-Forces« die Internet Community mobilisieren und sensibilisieren sollten. Der deutsche Teil der europäischen Task-Force publizierte etwa einen Wahlaufdruck bei der *Spiegel*-Initiative »I-cann-election«<sup>13</sup>, während andere Mitglieder über Mailinglisten versuchten, europäische Internetnutzer über das Projekt der ICANN-Wahl zu informieren. Als Resultat der *Spiegel*-Initiative waren deutsche Surfer im Vergleich mit anderen Europäern überproportional vertreten: Sie stellten 20 475 der insgesamt 35 942 europäischen ICANN-Mitglieder.<sup>14</sup> Die Voraussetzungen für jeden, der Wähler der ICANN werden wollte, waren minimal. Man mußte lediglich zuerst Mitglied der Organisation werden, erst dann war man ein ICANN-Bürger mit Stimmrecht. Wer älter als 16 Jahre war, eine Online-Mitglieds-Bewerbung ausgefüllt

12 <http://www.icann.org/mitf.htm>.

13 Wahlaufdruck der MITF <http://www.spiegel.de/netzwelt/icann>.

14 Für Mitgliederstatistiken siehe: <http://www.icannchannel.de>.

hatte, eine Email-Adresse und eine reale und verifizierbare Postadresse besaß, konnte sich unter [members.icann.org](http://members.icann.org) registrieren lassen und ein ICANN-Wähler werden. Insgesamt wurden mehr als 150 000 Internetnutzer zum Wahl-Mitglied, aber nur knapp die Hälfte verifizierte ihre Mitgliedschaft, wovon wiederum nur knapp die Hälfte wählte. Bis jetzt sind nur rudimentäre Statistiken über Wahlbeteiligung und Verteilung auf die Regionen und Länder verfügbar – wie auch keine plausible, statistisch abgesicherte Erklärung, warum mehr als die Hälfte der registrierten ICANN-Mitglieder ihre Mitgliedschaft nicht aktivierten: Was sind die Gründe? Desinteresse, Betrug bei der Registrierung, oder konnte die Mitgliedschaft aufgrund technischer Probleme nicht aktiviert werden? Vielleicht blieb die angestrebte virtuelle transnationale Politikbildung auch in den real-nationalen Kinderschuhen stecken. Auch die Wahl selbst, die zehn Tage dauerte, verlief nicht ohne Probleme: Während der ersten beiden Tage konnte wegen Serverproblemen kaum jemand wählen. Doch immerhin hat jede der fünf Weltwahlregionen (Europa, Nordamerika, Südamerika, Afrika und Asien) einen Direktor gewählt. Dieser vertritt nun die Interessen der Nutzer, und seine Legitimation wird überraschenderweise nicht ernsthaft angezweifelt.

### ICANN: Eine Chance für Demokratisches Global Governance?

Trotzdem, die Wahl und ICANN selbst sind keineswegs perfekt, im Gegenteil. So, wie die letzte Wahl ablief, wird die virtuelle supranationale Demokratie sicherlich nicht funktionieren. Hieraus jedoch abzuleiten, daß supranationale demokratische Repräsentation via Online-Wahlen prinzipiell nicht funktionieren kann, wäre falsch: Nur weil die Umsetzung schlecht war, muß die Idee es noch lange nicht sein. Institutionelle Kreativität und interdisziplinäre Fantasie sind beim Nachdenken über neue und supranationale politische Mechanismen gefragt, die über die Grenzen traditionellen politischen Denkens hinausgehen. Unter dem Motto »Think outside the traditional ballot box« sollten wir auch den uns vertrauten und lieb gewordenen sonntäglichen Wahltag mit all seinen Standards und Regeln hinterfragen. Schließlich könnte man eine Wahl im Netz leicht über Tage hinweg ausdehnen, Zwi-

schenergebnisse veröffentlichen und so strategische Abstimmungen fördern, ohne die tradierten Begrenzungen der Offline-Welt.

Auch deshalb liegt noch ein weiterer Schluß nahe: Die Anforderungen an Legitimation, Repräsentation und Demokratie müssen sich auf globaler Ebene ändern, da politische Forderungen nicht durch geographische Räume begrenzt, sondern *issue-spezifisch* definiert werden. Versuche also, das deutsche Wahlrecht auf globale Wahlen oder Repräsentationsansprüche nationaler Provenienz auf die internationale Ebene zu übertragen, müssen scheitern.

Bisher leidet der ICANN-Prozeß jedoch unter Abwesenheit demokratietheoretischer Rückbindung, die anknüpfen müßte an demokratische Modelle, die zwar einmal für den Athener Marktplatz gedacht waren, schließlich aber auch für komplexe, moderne demokratische Staatswesen weiterentwickelt wurden. Dabei sollte man sich vergegenwärtigen: Dieser Prozeß hat über 2000 Jahre gedauert, und dabei haben sich unser Verständnis von Repräsentation und unsere Anforderungen an legitime Politik fundamental verändert. Von der Akzeptanz feudaler Repräsentationsstrukturen sind wir bei der »Volksouveränität« als *conditio sine qua non* des politischen Handelns angekommen.

Die Erfüllung der Ansprüche, die wir an demokratische Wahlen stellen, war bei der ICANN-Wahl kompliziert, da sie in dreifacher Hinsicht ein Experiment war: Sie war erstens die erste globale Wahl, zweitens eine Online-Wahl und drittens eine Wahl für ein nicht genuin politisches Gremium. Daher sind folgende Fragen schwer zu beantworten: Was sollte die Wahl erreichen, wer ist das Volk, wen repräsentieren die Gewählten, und war die Wahl legitim? Eines kann man nach über einhundert Tagen seit der Wahl jedoch festhalten: Sie hat trotz all ihrer Schwächen zu einem Autoritätskonsens beigetragen und wird von Wählern und Gewählten als (ausreichend) legitim betrachtet.

Ob der globale Wahlversuch auch langfristig Erfolg haben wird, wird davon abhängen, ob innovative und adäquate Deliberations- und Diskussionsmethoden entwickelt werden, die politische Prozesse sinnvoll über nationale Grenzen hinweg strukturieren. Ideen hierzu gibt es: *Deliberative Polling* hatte James Fishkin vorgeschlagen, doch niemand hat es technisch umgesetzt. Man sollte die Wahl auch nicht demokratisch überhöhen. Sie hat als Repräsentationsmechanismus Internetnutzern eine Stimme

verliehen, doch wurde den Netznutzern keinerlei Partizipationsraum gegeben, und »Representation without Participation« verleiht auch im globalen Raum keine dauerhafte Legitimation. Um die Netzbürgerschaft also dauerhaft zu konstituieren und zu einer wirklich inklusiven Veranstaltung zu machen, bedarf es konstruktiver Beteiligung und der kreativen Kombination von politikwissenschaftlicher und technischer Expertise. Ansonsten verlieren wir die Chance, ICANN zu einem inspirierenden Beispiel für demokratischere internationale Politik zu machen. Nach den ersten Wahlen für, im und durch das Internet wird sich nach und nach zeigen, ob eine kosmopolitische »Elektronische Demokratie« im globalen Maßstab funktionieren kann. Und so sind wir vom Mythos »we have no elected government« zu »global elections on the Internet« gelangt und damit am Ende unserer kurzen *tour d'horizon* durch die digitale Welt. Die exklusive Party der selbstregierenden Techniker ist vorbei. Ob nun die inklusive Party der Netizens zum Paradigma legitimer Globalpolitik im Netz wird, bleibt abzuwarten. Stay tuned!

## Florian Rötzer Geographic Intelligence

*Im »globalen Dorf« von einst sollen die alten geographischen Grenzen wieder gezogen werden*

Auch an sich gute Ziele können in die Irre weisen, zumindest aber sehr bedenklich sein. Das scheint bei den Vorschlägen von David Rosenthal, einem Schweizer Rechtsanwalt, zur Bekämpfung des Rassismus im Web nahezuliegen. Im Februar hatte er im Auftrag des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte während eines Vorbereitungstreffens für eine UN-Tagung gegen den Rassismus ein Arbeitspapier vorgelegt, das unter anderem die Möglichkeit erwog, daß Länder ihre Bürger durch Filter oder andere Maßnahmen am Zugang zu rassistischen Websites hindern könnten. In einem Artikel, der in der *Neuen Züricher Zeitung* erschienen ist, hat er seine »neuen Wege zur Bekämpfung des Web-Rassismus« noch einmal vorgestellt. Sie laufen auf einen Trend hinaus, der sich als Renationalisierung des Internet verstehen läßt.

Offenbar ist Rosenthal Vertreter einer starken Zensur, auch wenn er einräumt, daß die Frage, was im Netz toleriert und was verboten werden soll, wegen des globalen Charakters des Internet eine heikle Frage ist. Wie er sagt, hätte die schweizerische Bundespolizei bereits einen ersten, allerdings vergeblichen Versuch unternommen, Internetprovider zu zwingen, den Zugang zu rassistischen Websites im Ausland zu sperren: »Während ein Vorgehen gegen einen Schweizer Provider, der auf seinen Rechnern rassistische Inhalte duldet, ohne weiteres möglich ist, erweist sich die versuchte »stellvertretende« Verfolgung von Schweizer Providern für rassistische Inhalte auf »ausländischen« Internet-Rechnern als zusehends unrealistisch und rechtlich bedenklich – und als nicht europakompatibel.«

Die Überlegungen Rosenthals betreffen freilich nicht nur den Versuch, rassistische Websites unzugänglich zu machen, sondern beinhalten allgemein die Frage, wie nationale Rechts-, aber auch Unrechtssysteme im Internet für die eigenen Bürger durchsetzbar sein könnten. Der Wunsch nach Sperrung von Inhalten für Kinder, Angehörige einer Wertegemeinschaft oder Betriebsangehörige hat bereits zu einer ganzen Branche von Softwarefirmen